

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung	Datum 31.05.2001
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/14-2237
Niederschrift	
Hauptausschuß	Sitzung am 22.05.2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:06 Uhr - 19:11 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.03.2001 - öffentlicher Teil -
280/2001**
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
- 5. Anhörung zur Bestellung des Vorsitzenden und von Mitgliedern des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach
285/2001**
- 6. Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach im Kultursekretariat Gütersloh
247/2001**

7. **Benennung der vier neuen Erschließungsstraßen im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes an der Hermann-Löns-Straße in Bergisch Gladbach**
54/2001
8. **Schülerticket**
319/2001
9. **Gemeinsame Initiative der Städte Köln und Bergisch Gladbach zur Realisierung der Anbindung an das Merheimer Kreuz**
315/2001
10. **Entwicklungsplan Schildgen/Katterbach**
322/2001
11. **Rahmenplan Mülheimer Straße**
325/2001
12. **Änderung des § 14 Abs. 3, Satz 2 der Zuständigkeitsordnung;
hier: Antrag der F.D.P.- Fraktion vom 05.04.2001**
307/2001
13. **Bericht aus dem Ausländerbeirat am 3.4.2001**
317/2001
14. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2001, die Verwaltung zu beauftragen, in der Sitzung des Hauptausschusses darzulegen, wie die weitere politische Betreuung des Reorganisationsprozesses in der Verwaltung aussehen kann**
324/2001
15. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2001, das Buch vom Volksrat zum Volkssturm neu aufzulegen und u.a. allen Schulen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen**
294/2001
16. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Opladen eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt sie folgende Unterlagen:

1. die Einladung vom 09.05.2001 mit den beigelegten Vorlagen,
2. den Entwicklungsplan Schildgen/Katterbach,
3. die nachgereichten Seiten 1 – 8 des Anhangs zum Entwicklungsplan Schildgen/Katterbach,
4. das Schreiben vom 14.05.2001 mit dem nachgereichten Antrag zu Punkt 15 des öffentlichen Teiles,
5. das Schreiben vom 16.05.2001, mit dem alle Mitglieder des Ausschusses ergänzend zur Niederschrift der vergangenen Sitzung über die Beantwortung der Anfrage von Dr. Kassner zur Bürokommunikation informiert wurden,
6. das Schreiben vom 21.05.2001 mit der Seite 36 des Anhangs zum Entwicklungsplan Schildgen/Katterbach als Anlage.

Herr Waldschmidt möchte wissen, weshalb die Organisationsuntersuchung der Feuerwehr heute nicht auf der Tagesordnung stehe.

Stadtkämmerer Kotulla antwortet, daß parallel zur Organisationsuntersuchung ein Brandschutzbedarfsplan erstellt werde. Es sei notwendig, dessen Ergebnisse im Zusammenhang mit der Organisationsuntersuchung zu betrachten.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 27.03.2001 – öffentlicher Teil -

Bürgermeisterin Opladen ergänzt zu Punkt 17 des Berichtes, daß Herr Dr. Kassner inzwischen das Antwortschreiben auf seine Anfrage zu den Bürokommunikationssystemen in der Verwaltung erhalten habe. Alle Ratsmitglieder hätten von diesem eine Kopie erhalten.

Frau Ryborsch geht unter Bezug auf den Durchführungsvermerk zu Punkt 15 davon aus, daß der Antrag ihrer Fraktion nicht erledigt sei, sondern lediglich vertagt wurde.

Bürgermeisterin Opladen bestätigt diese Auffassung.

Stadtbaurat Schmickler ergänzt, daß z.Z. noch keine endgültige Fassung des Gutachtens zur Ermittlung der Verkehrsanbindung für das geplante Gewerbegebiet Herkenrath/ Spitze vorliege. Er rechne in Kürze damit.

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Besuch der Bürgermeisterin in Marijampole

Bürgermeisterin Opladen informiert darüber, daß sie am vergangenen Wochenende auf Einladung des im vergangenen Jahr neugewählten Bürgermeisters Vidmantas Brazys die Partnerstadt Marijampole besucht habe. Förmlicher Anlaß für die Einladung sei ein Stadtfest gewesen, zu dem auch Gäste aus anderen mit der Partnerstadt befreundeten Städten aus Norwegen, Finnland, Rußland und Polen angereist waren.

Im Rahmen dieses Besuches habe am Samstagmittag ein Gespräch im Rathaus stattgefunden, an dem neben dem Bürgermeister auch Ratsmitglieder sowie die verantwortlichen Mitarbeiter für die Bereiche „Haushalt“, „Bildung“, „Soziales“ und „Kommunalwirtschaft“ sowie ein Parlamentsabgeordneter und der Direktor eines in Marijampole ansässigen Konzerns teilnahmen und über die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage in der Partnerstadt berichteten.

Als Fazit müsse festgestellt werden, daß sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Entwicklung der Partnerstadt noch sehr schwierig sei.

Der vor einem Jahr neu gewählte Rat bestehe aus 27 Ratsmitgliedern von 9 verschiedenen Parteien. Er sei lediglich für drei Jahre gewählt. Diese Wahlzeit gelte auch für den Bürgermeister.

Der Haushalt der seit einer Verwaltungsreform 72.600 Einwohner zählenden Stadt – hierzu gehöre auch das Umland – umfasse z.Z. 67 Mio. Litas, das seien rd. 32,5 Mio. DM. Jährlich bestehe eine Deckungslücke von ca. 20 Mio. Litas. Einer der Hauptgründe für die wirtschaftlichen Probleme sei die hohe Arbeitslosigkeit (offiziell angegeben mit 17 %).

Die Partnerstadt erhoffe sich durch eine stärkere Zusammenarbeit eine Verbesserung ihrer Lage, z.B. durch die Vermittlung von Investoren, durch Erfahrungsaustausche u.ä. Sie habe hinsichtlich der erneut gestellten Frage der Vermittlung von Investoren deutlich gemacht, daß der Einfluß der Stadt Bergisch Gladbach in diesem Bereich begrenzt sei und sie ggf. lediglich in der Lage wäre, Kontakte zu Verbänden und Firmen zu vermitteln.

Bereits vor ihrem Besuch in Marijampole habe sie entsprechend dem im Dezember im Hauptausschuß gefaßten Beschluß eine Delegation von 4 – 5 Personen aus Marijampole zu einem Besuch in Bergisch Gladbach zu einem Informations- und Erfah-

rungsaustausch zu kommunalen Themen ihrer Wahl eingeladen. Die Stadt Marijampole werde diese Einladung in der Zeit vom 11. – 14.09.2001 annehmen. Sie habe als Thema den Bereich „Kommunalwirtschaft“ benannt.

Die derzeitige Situation in der Partnerstadt vermittle den Eindruck einer leichten Stagnation. Zudem existierten in deren inneren Gefüge z.Z. offensichtlich gewisse Konflikte, die auch für Außenstehende erkennbar seien. Um so wichtiger sei es, die Partnerschaft weiterhin mit Leben zu erfüllen.

Neugestaltung im Bereich Bus- und S-Bahnhof Stadtmitte

Auf Nachfrage von Frau Ryborsch teilt Bürgermeisterin Opladen mit, daß ihr hinsichtlich der weiteren Verwendung des vom Investor Hahn erworbenen Geländes derzeit keine neue Entwicklung bekannt sei.

5 Anhörung zur Bestellung des Vorsitzenden und von Mitgliedern des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Bergisch Gladbach

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

6 Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach im Kultursekretariat Gütersloh

Herr Freese hält es für sinnvoll, eine Entscheidung über den Austritt erst dann zu treffen, wenn der neue Fachbereichsleiter Dr. Speer seinen Dienst angetreten und sich mit der Angelegenheit befaßt habe.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß der geplante Austritt nicht im Fachausschuß behandelt wurde. Dies sei unbedingt notwendig. Die Arbeit des Kultursekretariates Gütersloh sei segensreich, da sie gerade kleineren, mit einem nicht so großen Kulturretat versehenen Kommunen viel Arbeit in diesem Bereich abnehme. Zudem handle es sich beim Mitgliedsbeitrag um eine vergleichsweise geringe Summe. Sie beantragt, die Angelegenheit in den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport zu überweisen.

Herr Kraemer weist darauf hin, daß bis auf das Haus der Musik alle übrigen Kultureinrichtungen der Stadt den Austritt befürworteten, sofern nicht Fachbereich 4 die Finanzierung des Mitgliedsbeitrages übernehme. Zudem betrage die Kündigungsfrist sechs Monate, weshalb der heutige Beschluß notwendig sei. Unabhängig hiervon habe der künftige Leiter des Fachbereiches 4 die Möglichkeit, die Angelegenheit nochmals in den Fachausschuß einzubringen.

Bürgermeisterin Opladen ergänzt, daß der Fachausschuß die Kündigung zurücknehmen könne, wenn er anderer Auffassung sei. Der heutige Beschluß sei lediglich wegen der Fristeinhaltung notwendig.

Frau Ryborsch hat keine Bedenken, die Mitgliedschaft auch 2002 noch aufrecht zu erhalten und über die Angelegenheit in aller Ruhe zu befinden.

Herr Waldschmidt bedauert, daß die aufgeführten Synergieeffekte nicht beziffert und dem Mitgliedsbeitrag gegenübergestellt wurden.

Bürgermeisterin Opladen entgegnet, daß die Synergieeffekte mangels einer in Anspruchnahme der durch das Kulturbüro angebotenen Projekte nicht mehr gegeben seien.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß der Fachausschuß am 12.06.2001 tagte und sich der Angelegenheit annehmen könne. Beschließe er etwas anderes, könne ggf. noch rechtzeitig reagiert werden. Im übrigen befürworte sie zum heutigen Zeitpunkt die Kündigung.

Sodann faßt der Hauptausschuß mit den Stimmen von CDU und F.D.P. folgenden

Beschluß:

Die Stadt kündigt ihre Mitgliedschaft im Kultursekretariat NRW in Gütersloh zum 31.12.2001.

7 Benennung der vier neuen Erschließungsstraßen im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes an der Hermann-Löns-Straße in Bergisch Gladbach

Mit Blick auf den Rest der Tagesordnung sowie die zu erwartende langwierige Diskussion über die vorgeschlagenen Straßennamen beantragt Herr Kraemer, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Insgesamt hätten die unterbreiteten Vorschläge die CDU-Fraktion nicht überzeugt, so daß die Angelegenheit noch einmal überdacht werden solle.

Herr Freese hat keine Bedenken gegen die Vertagung. Die im Baugebiet vorgesehenen Straßen könnten zunächst auch als Planstraßen 1 – 4 bezeichnet werden.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden

Beschluß:

Die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Bürgermeisterin Opladen bittet die Fraktionen, sich mit den Straßenbenennungen zu befassen.

8 Einführung eines Schülertickets an den weiterführenden Schulen

Bürgermeisterin Opladen erläutert die Vorlage und weist darauf hin, daß im Ausschuß für Anregungen und Beschwerden am 16.05.2001 eine Anregung nach § 24 von

Frau Elke Pietsch u.a. zum Schülerticket behandelt wurde. Diese sei zur Entscheidung an den Hauptausschuß überwiesen worden.

Herr Kraemer geht davon aus, daß in der heutigen Sitzung lediglich Tendenzen diskutiert werden können. Er bittet darum, bei der Aussprache die Interessen von Familien mit mehr als zwei schulpflichtigen Kindern nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Freese sieht den Zeitdruck, unter dem die Angelegenheit inzwischen stehe. Die Stadt Köln werde das Schülerticket zum neuen Schuljahr mit 25,-- DM einführen. Darüber hinaus werde es dort den Geschwisterrabatt und weitere mögliche Vergünstigungen geben. Er geht davon aus, daß die Einführung des Tickets in Bergisch Gladbach nicht ganz kostenneutral verlaufe und die in der Vorlage dargestellte Möglichkeit 2 die für die Schüler günstigere und vor allem sozial gerechtere sei.

Auch Frau Ryborsch hält die Möglichkeit 2 für die weitaus bessere. Sie geht davon aus, daß das Schülerticket zu einem Preis von 39,-- DM bei weitem nicht so gut angenommen würde. Die Einführung habe mehrere positive Effekte. Zum einen würden die Schüler an die Nutzung des ÖPNV verstärkt herangeführt. Zum zweiten würden künftig zahlreiche Pkw-Fahrten der Eltern überflüssig. Sie kündigt einen Antrag für die kommende Sitzung des Hauptausschusses an, das Ticket zum Preis von 25,-- DM einzuführen.

Auch Herr Blask sieht in der Möglichkeit 2 die für die Schüler vorteilhaftere. Mittelfristig sei dieses Modell durchaus in der Lage, sich zu rechnen. Er mahnt die Einführung weiterer Verbesserungen im Bereich des ÖPNV an, was zu dessen höherer Akzeptanz beitragen werde.

Frau Schöttler-Fuchs möchte wissen, zu welchem Preis in anderen Kommunen das Schülerticket eingeführt werde.

Herr Waldschmidt bittet um Darstellung der Beziehung zwischen der Preisgestaltung und der Akzeptanz des Tickets.

Frau Schmidt-Bolzmann möchte wissen, welche Erkenntnisse der z.Z. laufende Versuch an vier Bergisch Gladbacher Schulen gebracht habe. Bei Einführung der Möglichkeit 1 befürchtet auch sie eine mangelnde Akzeptanz des Angebotes.

Herr Dr. Kassner möchte wissen, ob die Einführung des Schülertickets dem VRS ggf. auch erwachsene Personen als Kunden zuführe.

Der Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft, Herr Becher, appelliert an die Eltern, möglichst zahlreich die Anmeldung zum Schülerticket zu unterschreiben. Nur dann habe dieses die Möglichkeit sich durchzusetzen. Der VRS habe zur Einführung eine Gesamtumfrage im Verbundgebiet durchgeführt. Bergisch Gladbach sei aufgrund seiner hohen Schuldichte eine Ausnahmestadt. Der Anteil der Freifahrer betrage hier lediglich 25 % gegenüber den wesentlich höher liegenden Werten in den anderen verbundangehörigen Kommunen. In Bergisch Gladbach sei die nächste mögliche Schule in der Regel näher und besser zu erreichen. Erfahrungen aus Bonn und Troisdorf belegten eindeutig, daß die Einführung des Schülertickets die Akzeptanz des ÖPNV wesentlich steigern. So sei dort im Freizeitverkehr eine Zunahme von 33 % auf über 60 % zu verzeichnen gewesen. Entsprechend hätten auch die Elternfahrten

zugunsten ihrer Kinder abgenommen, da die Schüler nunmehr bereits von zu Hause aus verstärkt zur Nutzung des Tickets angehalten würden. Die Erhebung des VRS habe ergeben, daß die bereits freifahrtberechtigten Schüler (bzw. deren Eltern) einen Preis von 15,-- bis 20,-- DM für das Ticket akzeptierten. Für diese Gruppe von Nutzern sei eine klare Geschwisterregelung bereits vorhanden. Nicht existiere eine solche für die nicht freifahrtberechtigten Schüler. Werde die Geschwisterregelung auch dort eingeführt, so bedeute dies eine Erlösminimierung. Hier sei die Akzeptanz des Tickets bei einem Preis von unter 30,-- DM bei etwa 80 % aller Angesprochenen gegeben. Dieser Wert verringere sich drastisch auf 40 % bei einer Preisgestaltung entsprechend der Möglichkeit 1. Abgenommen werde das Ticket dann nur noch von den Eltern, deren Kinder ohnehin auf eine teure Monatskarte zum Erreichen der Schule angewiesen seien. Die Erfahrungen des Modellversuches seien außerordentlich positiv. Am Otto-Hahn-Gymnasium liege die Bereitschaft zur Abnahme inzwischen bei 70 %. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß auch die an sich freifahrtberechtigten Schüler den Preis von 25,-- DM zahlen müssen, wenn sie sich freiwillig an der Abnahme des Tickets beteiligten. Konsequenterweise seien diese Schüler nicht umgestiegen, sondern bei ihrer Freifahrtberechtigung geblieben. Freifahrtberechtigung plus Juniorticket seien immer noch preiswerter als das Schülerticket. Am Albertus-Magnus-Gymnasium und an der Johannes-Gutenberg-Realschule liege das Interesse an einer Abnahme bei etwa 65 %.

Herr Waldschmidt bedauert, daß die Diskussion über einen Ticketpreis von 39,-- DM eine kontraproduktive Auswirkung habe.

Frau Schöttler-Fuchs weist darauf hin, daß vielen Schülern nicht klar sei, daß sie mit dem Schülerticket an allen Tagen rund um die Uhr fahren können. Sie möchte wissen, wie viele Juniortickets insgesamt im Stadtgebiet abgenommen werden.

Herr Becher antwortet, daß das Juniorticket nur am Wochenende die gleiche Gültigkeit wie das geplante Schülerticket habe. Der Geltungsbereich umfasse das gesamte Verbundgebiet. Es sei für den Weg zu und von der Schule sowie für die Schülerausflüge nicht nutzbar. Die Gesamtzahl der ausgegebenen Juniortickets bewege sich zwischen 1.000 und 1.500 für das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach. Allerdings befänden sich unter den ca. 9.000 Schülern der Bergisch Gladbacher weiterführenden Schulen viele, die nicht im Stadtgebiet wohnten. Insofern sei die Zahl der ausgegebenen Juniortickets nur wenig aussagefähig. Die Inhaber würden von den ausgebenden Unternehmen nach Wohnorten erfaßt.

Herr Jung möchte wissen, wie der Fragebogen, der derzeit an den Schulen ausgegeben wird, aufgebaut ist.

Herr Becher antwortet, daß der Fragebogen aufgrund der jüngsten VRS Beschlüsse zu den Regularien des Schülertickets nochmals geändert werden mußte. Aufgrund dessen verknäppte sich der Zeitraum für die Erhebung erheblich. Insgesamt sei die Frist bis zu Beginn des neuen Schuljahres zur Einführung des Tickets kaum einzuhalten. Der Fragebogen bestehe aus vier Seiten und sei entsprechend den Bedürfnissen der verschiedenen Zielgruppen aufgebaut. Er erläutere den Fragebogen in seinen Einzelheiten. In den jeweiligen Begleitschreiben der Schulen stelle sich deren unterschiedliches Engagement in der Sache dar. Ein weiteres Problem seien die 5-Klässler, die ab dem neuen Schuljahr erstmalig an die weiterführenden Schulen kommen. Es sei nicht möglich gewesen, 46 Grundschulen mit dem Fragebogen zu beliefern, um diese

Gruppe zu erfassen. Daher habe man auch die hierfür bestimmten Fragebögen an die weiterführenden Schulen gegeben mit der Bitte, sie weiterzureichen. Diese Bögen seien jedoch den Eltern dieser Kinder bislang zumindest teilweise nicht zugegangen, obwohl der Termin hierfür der 20.05.2001 gewesen sei. Aufgrund dessen wandten sich viele Eltern direkt an die Stadtverkehrsgesellschaft.

Frau Wöber-Servaes kritisiert, daß in der Vorlage die angeführten Geldbeträge nicht auch in Euro dargestellt wurden. Sie bittet darum, bei der Einführung der neuen Währung den Preis für das Schülerticket nicht zu Ungunsten der Schüler aufzurunden.

Herr Becher antwortet, daß der Preis des Schülertickets durch die Verbandsversammlung des VRS einheitlich für das gesamte Verbundgebiet festgelegt werde. Bergisch Gladbach müsse diesen Preis übernehmen. Für 2002 gebe es zwar bereits einen ersten Entwurf für die Tarifgestaltung, jedoch könne über diesen noch nicht gesprochen werden, da die Gremien des VRS ihm noch nicht zugestimmt hätten.

Herr Ziffus erwartet eine enorme Kostenentlastung im motorisierten Individualverkehr, wenn das Schülerticket eingeführt wird.

Bürgermeisterin Opladen bewertet es abschließend als positiv, daß die Einführung des Schülertickets politisch offenbar uneingeschränkt befürwortet werde.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9 Gemeinsame Initiative der Städte Köln und Bergisch Gladbach zur Realisierung der Anbindung an das Merheimer Kreuz

Herr Kraemer sieht die gemeinsame Initiative als notwendig an, da sowohl in Köln als auch in Bergisch Gladbach der Leidensdruck der Bevölkerung bestimmter Stadtteile durch den ständig wachsenden Verkehr enorm gestiegen sei. Er schlägt vor, die Angelegenheit nur unter sachlichen Gesichtspunkten zu diskutieren und von parteipolitischer Polemik abzusehen.

Herr Freese erläutert, daß für die SPD-Fraktion aufgrund eines Beschlusses, der 20 Jahre zurückliege, die Nutzung und der Ausbau von Schiene und ÖPNV absoluten Vorrang haben sollte. Von Straßenneubauten habe man generell absehen wollen und das politische Handeln entsprechend ausgerichtet. Dieser Beschluß sei bis zu einem gewissen Maß sinnvoll und vertretbar gewesen und habe bis zum heutigen Tag Bestand. Allerdings könne man die Augen vor der stetigen Entwicklung im Bereich des motorisierten Individualverkehrs und des Schwerverkehrs nicht verschließen. Die Kraftfahrzeugdichte betrage in Bergisch Gladbach 696 auf 1.000 Einwohner. Damit liege man in der Spitzengruppe aller Kommunen von Nordrhein-Westfalen. Die Stadt habe sich im Hinblick auf steigende Einwohnerzahlen in jeder Hinsicht weiterentwickelt. Die Ausweisung neuer Gewerbestandorte sei geplant. Jede künftige Entwicklung werde zusätzlichen Verkehr erzeugen.

Vor diesem Hintergrund sei der benannte Beschluß seiner Fraktion zu überdenken. Es sei beabsichtigt, diesen zur Jahresmitte auf den innerparteilichen Prüfstand zu stellen. Der Ausgang der entsprechenden Diskussion sei allerdings offen. Dennoch werde man in den Parteigliederungen die Notwendigkeit von Netzergänzungen offen disku-

tieren. Er kündigt an, daß die SPD-Fraktion dem Beschlußvorschlag zustimme, wenngleich er innerhalb der CDU-Fraktion hinsichtlich eines Erfolges der gemeinsamen Initiative eine gewisse Skepsis sehe. Die Zustimmung seiner Fraktion erfolge auch vor dem Hintergrund, ggf. auch die weiteren Trassenvarianten für eine Entlastungsstraße erneut zu überprüfen. Er hoffe, daß eine Variante erarbeitet werde, die den Bedürfnissen aller, auch der Anlieger, gerecht werde.

Frau Ryborsch äußert sich empört über den durch Herrn Freese angedeuteten Kurswechsel der SPD-Fraktion. Reale Hintergründe würden nunmehr völlig ausgeblendet, was mit einer sinnvollen Kommunalpolitik nichts mehr zu tun habe. Sie weist auf bisher erstellte Verkehrsgutachten hin, aus denen bislang keine Konsequenzen gezogen wurden. Sie unterstellt, daß die Machbarkeitsstudie zwischen 100.000,-- und 200.000,-- DM kosten wird. Die Übernahme auch nur der Hälfte des Betrages durch die Stadt sei vor dem Hintergrund der alarmierenden Haushaltslage nicht zu verantworten. Die Stadt stehe kurz vor einem Haushaltssicherungskonzept. Der Kämmerer habe innerhalb der Verwaltung bereits ein striktes Sparen angeordnet. Zudem gebe es einen absoluten Einstellungsstopp. Sie geht davon aus, daß die Kommunalaufsicht einen solchen Beschluß nicht genehmigen werde. Sie kündigt an, diese einzuschalten.

Bürgermeisterin Opladen ist davon überzeugt, daß gewählte Mandatsträger sich auch in finanziell schwierigen Zeiten vorausschauend mit den für eine Kommune wichtigen Dingen befassen müssen. Daher sei sie dankbar, daß sich für eine Annahme des von ihr unterbreiteten Beschlußvorschlages eine breite Mehrheit abzeichne. Die derzeit bestehende Chance, sich mit dem benachbarten Köln ggf. über eine Trasse zu einigen, sei einmalig und werde vielleicht so schnell nicht wiederkommen. Sie sei fest entschlossen, die Gelegenheit zu nutzen und den Hauptausschuß nach den Erörterungen mit einem Ingenieurbüro und genauer Klärung des Untersuchungsaufwandes sowie der entstehenden Kosten erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Auch Frau Schmidt-Bolzmann spricht sich für die Machbarkeitsstudie aus, wenngleich sie davon ausgehe, daß viele Dinge und Erkenntnisse aus den bereits erstellten Gutachten zu entnehmen seien. Die F.D.P.-Fraktion habe immer die Auffassung vertreten, daß die einzig sinnvolle Straßenvariante diejenige der ehemaligen L 286 n mit einer Anbindung an das Merheimer Kreuz sei. Es müsse möglich sein, einen Straßenverlauf nahe der ursprünglichen Trasse zu verwirklichen.

Bürgermeisterin Opladen geht davon aus, daß unter der Prämisse einer Anbindung an das Merheimer Kreuz bestimmte Trassenvarianten hinfällig seien.

Herr Ziffus stellt fest, daß es zumindest zwei Trassen für eine neue Straße mit Anbindung an das Merheimer Kreuz gebe, die man nicht eigens noch einmal untersuchen müsse. Insoweit sei die Realisierung einer neuen Straße lediglich eine Sache der politischen Willensbildung. Die Existenz des Naturschutzgebietes Schluchter Heide gebiete allerdings einen Trassenverlauf recht nahe des Stadtteiles Refrath. Die dortigen Bürger seien somit von der Notwendigkeit einer solchen Straße eingehend zu überzeugen. Perspektivisch gesehen bringe die neue Straße aufgrund der langen Realisierungsdauer bestenfalls in 10, realistischer gesehen in 20 bis 30 Jahren die gewünschte Entlastung. Notwendig seien aber Maßnahmen, die sofort wirksam würden. Die Erhöhung der Benzinpreise habe aktuell einen Rückgang des motorisierten Individualverkehrs bewirkt. Die polyzentrische Struktur von Bergisch Gladbach lasse eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse durch den Bau einer Straße nicht erwarten. Unrealistisch sei dieser auch aufgrund der zu gewärtigenden hohen Kosten. Der Entlas-

tungseffekt sei, realistisch eingeschätzt, viel zu gering. Demgegenüber berge der Bereich des ÖPNV wesentlich größere Entlastungskapazitäten. Durch ihn könne eine Verringerung des motorisierten Individualverkehrs von mehr als 10 % erreicht werden. Erst wenn alle anderen Potentiale ausgeschöpft wurden, könne ggf. an den Bau neuer Straßen, dem seine Fraktion sich dann auch nicht verschließen würde, gedacht werden.

Bürgermeisterin Opladen geht davon aus, daß auch der ÖPNV nicht die Kapazität einer wesentlichen Entschärfung der verkehrlichen Situation innerhalb der nächsten 10 Jahre besitzt.

Herr Blask ist angetan von dem sich abzeichnenden breiten Konsens. Er mahnt an, aus der Machbarkeitsstudie tatsächlich die notwendigen Rückschlüsse zu ziehen und ihr nicht das gleiche Schicksal zuteil werden zu lassen wie dem bisherigen Gutachten. Er regt an, eine empfohlene Trasse zum Gegenstand eines Bürgerentscheides zu machen, um sie auf eine breitere kommunalpolitische Mehrheit jenseits der durch Wahlen erzeugten Mehrheiten zu stellen.

Auch Herr Dehler und Frau Wöber-Servaes begrüßen den sich abzeichnenden breiten Konsens. Frau Wöber-Servaes regt an, eine Fachgruppe zu schaffen, die paritätisch besetzt und gleichzeitig in der Stadt vorhandenen Sachverstand hinzuziehe. Diese Gruppe könne den weiteren Prozeß beratend begleiten. Des weiteren sei das 1999 erstellte Gutachten noch nicht so sehr alt und könne hinsichtlich seiner Aussagen durchaus nutzbar gemacht werden.

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß es in Düsseldorf über 100 Anmeldungen für Straßenneubauten der nordrhein-westfälischen Kommunen gebe. Teilweise befänden sich diese Vorhaben bereits im Stadium des Planfeststellungsverfahrens.

Stadtkämmerer Kotulla stellt klar, daß die Stadt haushaltspolitisch noch Herr ihrer Entscheidungen sei und daher der sich abzeichnende Beschluß nicht durch die Kommunalaufsicht genehmigt werden müsse. Die Planung einer Entlastungsstraße sei stadtentwicklungspolitisch eine unerledigte Aufgabe, deren Abarbeitung höchste Priorität besitze. Die Finanzierung der Machbarkeitsstudie könne ggf. innerhalb des bestehenden Haushaltes sichergestellt werden.

Herr Dr. Kassner bewertet das Verhalten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Angelegenheit für unverantwortlich. Den von Herrn Blask unterbreiteten Vorschlag auf Durchführung eines Bürgerentscheides sieht er vorbehaltlich seiner rechtlichen Durchführbarkeit positiv.

Bürgermeisterin Opladen weist zum Vorschlag von Herrn Blask darauf hin, daß sich doch im Rat bereits eine breite Mehrheit für die Maßnahme abzeichne.

Für Herrn Orth ist es legitim, daß eine Partei bestimmte Grundsatzbeschlüsse von Zeit zu Zeit vor dem Hintergrund der sich stetig weiter entwickelnden Realität überprüft und notwendigenfalls revidiert. Ihm sei klar, daß die Frage des Baus einer Entlastungsstraße die Bürger der Stadt entzweie. Um so sorgfältiger seien alle vorgetragenen Argumente für oder wider ein Straßenprojekt wahrzunehmen und abzuwägen. Kein Stil sei es, eine bestimmte Richtung der Diskussion von vornherein zu unterbinden. Vor dem Hintergrund der gestiegenen Chancen einer interkommunalen Zusam-

menarbeit zwischen Köln und Bergisch Gladbach sei es sinnvoll, sich zur Erreichung bestimmter politischer Ziele Fristen zu setzen. Gelange die anstehende innerparteiliche Diskussion der SPD zu dem Ergebnis, daß eine Netzergänzung als notwendig erachtet werde, müsse für deren Realisierung ein klares Zeitraster entworfen werden. Dies beinhalte auch und insbesondere den Verfolg einer lediglich auf das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach beschränkten Lösung.

Herr Kraemer betont, daß es kein Mißtrauen gegenüber einer interkommunalen Zusammenarbeit mit Köln gebe. Das Einhalten eines selbstgesetzten zeitlichen Rahmens halte er vor dem Hintergrund der zu bewältigenden Aufgabe und den mit ihr verknüpften Unwägbarkeiten nur für sehr schwer möglich.

Herr Ziffus kritisiert, daß von seiten der Verwaltung und einer Ratsmehrheit unter Verkehr lediglich immer nur der motorisierte Individualverkehr verstanden werde. Entsprechend einseitig seien die hierzu unterbreiteten Vorstellungen. Es müsse möglich sein, den öffentlichen Personennahverkehr so attraktiv zu gestalten, daß er noch wesentlich häufiger als bisher in Anspruch genommen werde. Als Beispiel hierfür benennt er Bern und Zürich in der Schweiz. In 20 Jahren werde man auch in Bergisch Gladbach eine ganz andere Altersstruktur haben. Zudem sei bereits heute erkennbar, daß die Pendlerströme in Richtung Köln abnähmen. Eine Entscheidung für den Bau eines Teiles der L 286 n bedinge in jedem Fall deren Weiterführung. Hierdurch wiederum werde der Bedarf nach anderen früheren Straßenplanungen, wie z.B. der L 288 n, ausgelöst.

Sodann faßt der Hauptausschuß mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Stimmenthaltung aus den Reihen der SPD-Fraktion folgenden

Beschluß:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Köln eine Machbarkeitsstudie zum Bau einer gemeinsamen Straße zur Verkehrsentslastung der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Kölner Stadtteile Dellbrück und Holweide herstellen zu lassen. Diese Entlastungsstraße soll an das Merheimer Kreuz angebunden sein.

10 Entwicklungsplan Schildgen/Katterbach

Der Hauptausschuß faßt mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

Beschluß:

- 1. Der Hauptausschuß nimmt den Entwicklungsplan zustimmend zur Kenntnis**
- 2. Der Hauptausschuß nimmt die Vorschläge zu den Bürgeranregungen zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt den Fachausschüssen im Sinne des Entwicklungsplans zu beschließen**
- 3. Der Hauptausschuß nimmt die Vorschläge zu den Anregungen der Vorha-**

benötigt zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuß im Sinne des Entwicklungsplans zu beschließen

- 4. Der Hauptausschuß nimmt die Vorschläge zur Änderung des Bebauungsplans 47 zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuß im Sinne des Entwicklungsplans zu beschließen**
- 5. Der Hauptausschuß nimmt die Vorschläge zur Änderung des Flächennutzungsplans zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt dem Planungsausschuß im Sinne des Entwicklungsplans zu beschließen**

11 Rahmenplan Mülheimer Straße

Herr Freese ist sich darüber im klaren, daß es im Bereich der Mülheimer Straße bereits einige Bebauungspläne gibt, die Gültigkeit haben. Auf der anderen Seite gebiete die Entwicklung des Gesamtgebietes ein planerisches Eingreifen. Nach der Schließung eines früheren Baumarktes etablierte sich hier z.Z. ein weiterer Lebensmittelmarkt. Es sei notwendig, eine Rahmenplanung zu erarbeiten.

Auch Herr Ziffus hält es für sinnvoll, den Gesamtbereich durch eine Rahmenplanung zu erfassen. In ihr solle allerdings der Gesamtbereich von Hand, Paffrath und Gronau erfaßt werden. Dies ergebe sich zum einen aus der Neubebauung des ehemaligen Kasernenareals und zum anderen aus der Orientierung entlang der S-Bahntrasse. Es gebe im Bereich der Mülheimer Straße städtebauliche Fehlentwicklungen. Zudem müsse der S-Bahnhof Duckterath aufgewertet werden. Dieser könne zu einem echten Umsteigebahnhof für Hand und Gronau ausgebaut werden.

Herr Jung führt aus, daß es nach seinen Informationen noch nicht entschieden sei, ob im Bereich des ehemaligen Baumarktes ein weiterer Lebensmittelsupermarkt entstehe. Er unterstelle der SPD-Fraktion, über eine Rahmenplanung die Standorte der Autohändler sichern zu wollen und demgegenüber die Versorgung von Gronau mit Lebensmittelanbietern zu behindern. Die bestehenden Bauleitpläne böten das notwendige Instrumentarium, ggf. regelnd einzugreifen. Ein Umbau des Duckterather Bahnhofes ergebe sich von selbst, wenn das zweite S-Bahngleis komme. Er halte die Erstellung einer Rahmenplanung für nicht erforderlich.

Herr Buchholz hält es für sinnvoll, alle Informationen über derzeit aktuelle bauliche Entwicklungen im Stadtteil Gronau zusammenzutragen und in der Planungssprecherrunde sowie im Fachausschuß zu diskutieren. Danach könne immer noch entschieden werden, ob man eine Rahmenplanung erstelle.

Herr Freese weist darauf hin, daß die Größe des geplanten Wohngebietes im Bereich der ehemaligen Kaserne die Schaffung von Infrastruktureinrichtungen bedinge. Im Bereich der Stadtmitte werde es aufgrund der dort anstehenden baulichen Maßnahmen zu einer erheblichen Reduzierung der Park- und Ride-Plätze kommen. Dies bedinge den Ausbau des Gebietes des Duckterather Bahnhofes zu einem Park- und Ride-Standort. Auch in den Bereichen der Mülheimer Straße und Schlodderdicher Weg sei ordnend einzugreifen. In einer Rahmenplanung könnten die bestehenden Bebauungspläne mit aktuellen Erfordernissen abgeglichen werden. Danach sei es möglich,

sensibel auf bestimmte Entwicklungen zu reagieren.

Für Herrn Ziffus ist es sinnvoller, im Bereich des Duckerather Bahnhofs einen Siedlungsschwerpunkt zu entwickeln anstatt dort Park- und Ride-Plätze für den „Auto-müll“ der Innenstadt vorzusehen. Es gebe genug Flächen in diesem Bereich, auf denen noch weitere Wohnbebauung realisiert werden könne. Er benennt als eine Möglichkeit den Busparkplatz südlich der Hermann-Löns-Straße.

Herr Buchholz schlägt vor, daß die Verwaltung die Angelegenheit nochmals überprüft und anschließend einen Verfahrensvorschlag unterbreitet. Bis dahin solle der Antrag der SPD-Fraktion ruhen.

Es wird Einvernehmen erzielt, so zu verfahren.

**12 Änderung des § 14 Abs. 3, Satz 2 der Zuständigkeitsordnung;
Antrag der F.D.P.- Fraktion vom 05.04.2001**

Frau Schmidt-Bolzmann hält es für sinnvoll, die Zuständigkeitsordnung wie beantragt zu ergänzen.

Herr Kraemer stimmt dieser Auffassung zu.

Nach Auffassung von Herrn Waldschmidt war bereits die bisherige Fassung der Zuständigkeitsordnung ausreichend, um die gesamte Problematik zu erfassen. Zur Klarstellung hat aber auch er keine Bedenken, dem Antrag der F.D.P.-Fraktion zu entsprechen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig folgenden
Beschluß:

- 1. Dem Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 19.02.2001 wird entsprochen.**
- 2. Die Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach wird in § 14 Abs. 3 Satz 2 entsprechend der Vorlage ergänzt.**

13 Bericht aus dem Ausländerbeirat am 3.4.2001

Der Hauptausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis.

14 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2001, die Verwaltung zu beauftragen, in der Sitzung des Hauptausschusses darzulegen, wie die weitere politische Betreuung des Reorganisationsprozesses in der Verwaltung aussehen kann

Frau Ryborsch ist mit der Stellungnahme der Bürgermeisterin einverstanden. Sie schlägt vor, den Antrag dann noch einmal zu behandeln, wenn die Zwischenbilanz im Hauptausschuß zur Behandlung auf der Tagesordnung steht.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß sie der Politik mit der Zwischenbilanz ihre Überlegungen zur weiteren Fortführung des neuen Steuerungsmodells vorlegen wird.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

15 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Buch vom Volksrat zum Volkssturm neu aufzulegen und u.a. allen Schulen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen

Frau Ryborsch ist mit der Stellungnahme der Bürgermeisterin einverstanden.

Es besteht Einvernehmen, daß der Antrag erledigt ist.

16 Anfragen der Ausschussmitglieder

1. Anfrage zur Neuordnung der Flugrouten

Herr Sacher weist auf die derzeit laufende Neuordnung der Flugrouten in Europa hin. Vor etwa drei Wochen habe auch der Flughafen Frankfurt hiermit begonnen. Er möchte wissen, ob, und wenn ja inwieweit, von dieser Neuordnung auch der Flughafen Köln/Bonn betroffen ist. Weiterhin fragt er an, ob dies Auswirkungen auf das Stadtgebiet von Bergisch Gladbach hat.

2. Anfrage zu im Stadtgebiet von Bergisch Gladbach aufgehängten Plakaten

Herr Jung weist darauf hin, daß im Stadtgebiet immer noch zahlreiche Plakate auf Veranstaltungen hinweisen, die längst stattgefunden haben. So gebe es an einigen Stellen noch Hinweisplakate auf die Silvesterveranstaltung zum Jahreswechsel 2000/2001. Weiterhin fände man noch Plakate, die auf einen bereits stattgefundenen Antikmarkt hinweisen. Er fragt an, wer für das Entfernen dieser alten Plakate zuständig ist und ob man zukünftig nicht auf eine Aktualität achten kann.

3. Anfrage zur Neugestaltung der Stadtmitte

Herr Freese stellt zum Stadtmitteprojekt und zum Bereich der unteren Hauptstraße folgende Fragen:

- a) Könne davon ausgegangen werden, daß auch die Verwaltung es für sinnvoll erachte, künftig die Planungen zum Stadtmitteprojekt, zum Busbahnhof und zum Bereich untere Hauptstraße nur noch im Zusammenhang zu behandeln?
- b) Sei der Verwaltung bekannt, daß der Eigentümer einiger Grundstücke im Bereich der unteren Hauptstraße bereit sei, diese nach Freiräumen für eine Inte-

rimsphase als Busbahnhof zur Verfügung zu stellen?

- c) Beabsichtige die Verwaltung zu prüfen, inwiefern durch eine Veränderung des Bebauungsplanes zum Stadtmitteprojekt die Geschäftsgrundlage für den seinerzeit im Vertrag festgelegten Plan entfallen sei?
- d) Beabsichtige die Verwaltung für den Fall, daß der Bebauungsplan gravierende Veränderungen erfahre, eine Nachbesserung des Grundstückskaufvertrages?

4. Anfrage zur Planungswerkstatt Lückerath

Frau Ryborsch weist darauf hin, daß das Protokoll zur Planungswerkstatt Lückerrath, die Ende des Jahres 2000 stattgefunden habe, immer noch nicht versandt wurde. Sie bittet, sich um diese Angelegenheit zu kümmern.

Bürgermeisterin Opladen antwortet, daß das Protokoll inzwischen erarbeitet wurde und sich im Druck befinde. Es werde in Kürze verteilt.

5. Anfrage zu einem Halteschild im Bereich der Schubertstraße

Frau Wagner weist darauf hin, daß es im Bereich der Schubertstraße ein Halteschild gebe, dessen Aufstellungsort jede Nacht zu Problemen für die dort verkehrende Buslinie führe. Es sei notwendig, dieses Schild mehr zur Frankenforster Straße hin zu verschieben. Da der Parkdruck in der Schubertstraße außerordentlich hoch sei, führe dies in den Abendstunden zu regelmäßigen Hupkonzerten des Busses, da er den Bereich nicht passieren könne.

Die Anfragen werden, soweit sie nicht mündlich beantwortet wurden, schriftlich beantwortet.

Bürgermeisterin Opladen schließt die öffentliche Sitzung.